

Baubesprechung Vergabekrise

Die Architekten wollen die strikte Trennung von Planung und Ausführung im neuen Bundesvergabegesetz verankert sehen. Prominente Unterstützung erhielten sie gestern seitens der Bauindustrie.

Ute Woltron

Wien – Zu einem außergewöhnlichen Schulterchluss zwischen Bauindustriellen und Architektenvertretern kam es gestern anlässlich eines Pressegesprächs zur bevorstehenden Novelle des Bundesvergabegesetzes, das die Vergaben der öffentlichen Hand regelt.

Georg Pendl, Bundesvorsitzender der Architekten (Kammer), hatte dazu eingeladen und unter anderem Porr- bzw. Strabag-Chef Horst Pöchlhacker und Hans Peter Haselsteiner auf das Podium geholt – beide waren vor Kurzem noch die Haupttrivalen im eher wirren Totalunternehmer-Vergabeverfahren um das EM-Stadion in Klagenfurt.

Bis Ende Jänner 2006 muss das derzeit gültige Bundesvergabegesetz (BvergG 2002) revidiert und im Sinne der neuen EU-Vergaberichtlinie adaptiert werden. Auch angesichts der sich ständig mehrenden Einsprüche bei Vergabesenaten aller Art konstatierte Pöchlhacker, man könne hier zu Lande nicht von einer



Unter Hans Peter Haselsteiner (li.), Horst Pöchlhacker und Gerhard Buresch herrschte weitestgehend Einigkeit: Künstlerisch-kreative Leistungen wie das Planen von Architektur unterliegen anderen Bewertungskriterien als Ausführungsleistungen, und das sollte in der Gesetzesnovelle festgehalten werden. Fotos: Hendrich

„Vergabekultur“, sondern höchstens „von einer Vergabekrise“ sprechen. Man möge die Novelle dafür benützen, um die zu lösen.

Die Architekten, traditionell kollektiv in Sachen politischer Versiertheit und Lobbying eher unterbelichtet, wol-

len ihre Anliegen endlich aktiv einbringen und führen drei entscheidende Punkte an, die sie gerne in der Novelle verankert wüssten. Erstens: Die „bewährte österreichische Tradition“ (Pendl) der Trennung von Planung und Ausführung sollte dringend erhalten bleiben. Die EU lässt es ihren Mitgliedstaaten frei, diese in den nationalen Gesetzen zu verankern. Jetzt – oder nie wieder – besteht die Chance, das auch zu tun.

Zweitens: Die Bestellung von „unabhängigen“ Preisrichtern für die Jury-Gremien, die in oft tagelangen Sitzungen die eingereichten Wettbewerbsbeiträge beurteilen und dem Bauherrn das beste Projekt zur Ausführung empfehlen, sollte gesetzlich festgelegt sein. Drittens: Auch für die Zusammensetzung der Bewertungskommissionen für Verhandlungsverfahren, die bis dato vom Auslober nach Gutdünken bestückt werden können, wünschen sich die Planer und Planerinnen gesetzliche Bestimmungen. Ein Drittel der Kommissionsmitglieder, die über die Befähigung von Bewerbern für die Teilnahme an einem Verfahren urteilen, so

Pendl, „sollte vom Fach sein“. Hans Peter Haselsteiner betonte zwar, dass eine Totalunternehmenschaft, also die Gesamtvergabe von Planung und Ausführung in einem Paket „nachweisbar und anhand zahlreicher Projekte erwiesenermaßen billiger“ sei.

Bewertungskriterien

Er plädierte dennoch überraschenderweise energisch „für eine strikte Trennung zwischen diesen unterschiedlichen Leistungen“. Denn: „Die Vermischung von objektiven und subjektiven Kriterien stellt immer ein großes Problem dar.“ Künstlerisch-kreative Leistung, wie eben das Planen und Entwerfen von

Architektur, müsse einer anderen Bewertung unterliegen als Beton-, Stahl- und Fundamentkostenvergleiche.

Wie gebaut wird, wenn lediglich die Kosten im Vordergrund stehen, so der Bauindustrielle, könne man bedauerlicherweise landauf, landab betrachten, und er persönlich wünsche sich „als Staatsbürger“ durchaus auch für private Bauherren restriktivere Vorschriften.

Horst Pöchlhacker stimmte Haselsteiner prinzipiell zwar zu, würde aber „die Möglichkeit für eine gemeinsame Vergabe gesetzlich zumindest offen lassen und die Totalunternehmenschaft nicht gleich umbringen“. Er meinte: „Mein

Angebot an die Architekten lautet: miteinander nachdenken.“

Gerhard Buresch, Konsulent und Ex-Geschäftsführer der Bundesimmobilienengesellschaft, wies auf einen weiteren elementaren Faktor im Baugeschehen hin: Er plädierte für mündige, verantwortungsbewusste Auftraggeber, denn „hinter der Palette von Vorschriften lässt sich Eigeninitiative und Mut zauberhaft verstecken. Die öffentlichen Auftraggeber brauchen Persönlichkeiten, die dazu bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.“ Und das bedinge ein Weiteres, nämlich die politische Rückendeckung.



Architektenvorsitzender Georg Pendl: „Der Markt regelt eben nicht alles – wie etwa Kultur und Lebensqualität.“

Wiener Immobilien nachgefragt

Nach einer Durststrecke Büromarkt in besserer Verfassung

Wien – Der Wiener Immobilienmarkt bleibt auch nach den Großverkäufen deutscher Fonds für internationale Investoren interessant, deren Fokus sich aber zuneh-

mend aus dem Bürobereich auf andere Nutzungsarten verlagern. Das meinte Jeremy Helsby, Europa-Chef des großen britischen Immobilien-Dienstleisters Savills am Dienstag in Wien.

Anlass der Wien-Reise Helsbys: Savills hat mit der Makler-Tochter der Constantia Privatbank, der CPB Immobilien-treuhand, einen weit reichenden Kooperationsvertrag geschlossen. Die bei Deals mit internationalen Investoren zu erzielenden Preise für Büroobjekte seien angesichts der vergleichsweise moderaten Mieten in Wien mittlerweile ausgereizt. „Mit weniger als den 5,5 Prozent Spitzenrendite gibt sich in der Regel kein professioneller Investor zufrieden“, meint Helsby.

Wegen des mittlerweile sehr eingeschränkten Angebots im Bürobereich würden die Investoren jetzt zunehmend in andere Segmente ausweichen – zum Beispiel auf Hotels, Logistik-Objekte und Fachmarktzentren.

Der Wiener Büromarkt befindet sich nach Meinung von CPB-Chef Michael Ehlmaier mittlerweile in deutlich besse-

rer Verfassung als in den vergangenen Jahren. Im ersten Halbjahr sei es zu einem klaren Anstieg von mittleren und großen Vermietungen gekommen, der Leerstand – derzeit 6,5 Prozent – sei wieder im Sinken, meinte Ehlmaier. Die Firmen beginnen nun, Übersiedlungen und Expansionspläne, die für einige Zeit zurückgestellt wurden, nachzuholen“, so der CPB-Chef. In den vergangenen zwei Jahren seien zwar die Mietanfragen gestiegen, die tatsächlichen Vermietungen blieb jedoch unter den Erwartungen.

Seit Ende des Vorjahres sei wieder eine verstärkte Nachfrage internationaler Mieter zu bemerken, ab 2006 würden die Büromieten wieder steigen. Die CPB, Marktführer bei der Vermittlung von Büros und Mietwohnungen in Österreich, kooperiert ab Anfang April mit Savills Internation-

nal. Die börsennotierte Savills verfügt über 114 Niederlassungen in weltweit 45 Standorten. Der Gruppenumsatz von Savills betrug zuletzt 328 Mio. britische Pfund (491 Millionen Euro). (APA, cr)

Anstieg der Treibhausemissionen in der EU

Österreich mit drittgrößter Steigerung – EU-Kommission schlägt Alarm

Alexandra Förderl-Schmid aus Brüssel

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas schlug am Dienstag Alarm: Die Kohlendioxidemissionen und andere Treibhausgasemissionen sind nach den neuesten Zahlen der Europäischen Umweltagentur gestiegen. Die Zunahme betrug 2003 in der aus 25 Staaten bestehenden EU 1,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2000. Nimmt man nur die alten EU-Staaten her, betrug der Anstieg immer noch 1,3 Prozent. Dabei haben sich die EU-Staaten im Kiotoprotokoll verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen im Zeitraum

2008-2012 um acht Prozent gegenüber dem Stand im Jahre 1990 zu verringern. „Diese Zahlen sind enttäuschend und bekräftigen erneut, dass die Mitgliedstaaten alle auf der EU-Ebene vereinbarten Maßnahmen zur Emissions-senkung sowie ihre selbst gesetzten Ziele vollständig umsetzen müssen“, sagte EU-Kommissar Dimas.

Die Bilanz zeigt, dass in den 15 EU-Mitgliedsstaaten 53 Millionen Tonnen Kohlendioxid mehr ausgestoßen worden sind. Knapp die Hälfte davon entfiel auf den höheren Kohlenverbrauch. Hauptverursacher der gestiegenen Treibhausgasemissionen wa-

ren Großbritannien, Deutschland und Finnland.

Aber auch Österreich fällt im EU-Report negativ auf: Österreich hat sich im Kiotoprotokoll verpflichtet, die Treibhausgasemissionen um 13 Prozent zwischen 1990 und 2012 zu reduzieren. 2003 war jedoch im Vergleich zu 1990 ein Anstieg von 16,6 Prozent zu verzeichnen. Alleine zwischen 2002 und 2003 wurden um 5,1 Mio. Tonnen mehr Treibhausgas in Österreich produziert. Derzeit stößt Österreich damit um 13 Mio. Tonnen zu viel an Treibhausgasen aus. Kritik daran kam von der Umweltorganisation Global 2000 und den österreichischen Grünen,

die von einem „miserablen Zeugnis“ sprachen.

Mit einer Zunahme von 5,9 Prozent von 2002 auf 2003 ist Österreich an dritter Stelle in der aus 15 Staaten bestehenden EU. Die stärksten Gesamtzuwächse bei den Treibhausgasen verzeichneten Finnland (plus 10,8 Prozent) und Dänemark (plus 7,3 Prozent). EU-weit betrug der Zuwachs im Durchschnitt 1,3 Prozent.

Beträchtliche Anstrengungen, die Emissionen zu verringern, gibt es jedoch in den neuen EU-Ländern. Zwischen 1990 und 2003 reduzierte Lettland den Ausstoß um 66 Prozent, Litauen um 58 Prozent und Estland um 50 Prozent.